



Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union bei der Plenartagung des Europäischen Parlaments

Brüssel, 16. September 2020

Zur Originalfassung der Rede gelangen Sie [hier](#).

Die Welt von morgen schaffen: Eine vitale Union in einer fragilen Welt

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Andrej Sacharow, einer der couragiertesten Köpfe unserer Zeit, den dieses Parlament so sehr bewundert, **glaubte felsenfest an die verborgene Kraft des menschlichen Geistes.**

Diese Kraft haben die Europäerinnen und Europäer in den vergangenen sechs Monaten unter Beweis gestellt.

All die Pflegekräfte, die sich in Seniorenheimen um kranke und alte Menschen gekümmert haben.

All die Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger, die in den letzten Stunden ihrer Patienten zum Ersatz für Familienmitglieder geworden sind.

All diejenigen, die an vorderster Front Tag und Nacht und Woche um Woche Risiken für uns alle eingegangen sind.

Ihre Empathie, ihr Mut und ihr Pflichtbewusstsein sind uns Inspiration und ihnen möchte ich zu Beginn meiner Rede Hochachtung zollen.

Ihre Geschichten sagen auch viel über den Zustand unserer Welt und den Zustand unserer Union aus.

Sie zeigen die Stärke der Menschheit und die Trauer, die unsere Gesellschaft noch lange begleiten wird.

Und sie **verdeutlichen, wie fragil die Welt um uns ist.**

Ein Virus, tausendmal kleiner als ein Sandkorn, hat uns gezeigt, dass unser Leben an einem seidenen Faden hängt.

Es hat die Schwächen unseres Gesundheitssystems offenbart und die Grenzen eines Modells aufgezeigt, das Wohlstand vor Wohlergehen stellt.

Es hat uns die Verletzlichkeit unserer Erde vor Augen geführt, die uns Tag für Tag deutlicher wird durch globale Pandemien, schmelzende Gletscher, brennende Wälder.

Es hat unser Verhalten und unseren Umgang miteinander verändert – nun halten wir Distanz und verbergen unsere Gesichter hinter Masken.

Es hat uns gezeigt, **wie fragil unsere Wertegemeinschaft in Wahrheit ist** – und wie schnell sie weltweit und sogar in unserer Union in Frage gestellt werden kann.

Doch die Menschen möchten diese Corona-Welt hinter sich lassen, diese Fragilität und Unsicherheit. Sie sind bereit für Veränderung und für Neubeginn.

Und hier schlägt die Stunde Europas.

Europa muss nun den Weg weisen, um **diese Unsicherheit in neue Kraft** umzumünzen. Und das ist es, worüber ich heute sprechen möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich sage all dies, weil wir in den vergangenen Monaten **den Wert unserer Gemeinsamkeiten** wiederentdeckt haben.

Als Einzelne haben wir ein Stück unserer persönlichen Freiheit **geopfert** für die Sicherheit anderer. Und in der Union haben wir alle einen Teil unserer Souveränität **aufgegeben** für das gemeinsame Wohl.

Nach anfänglicher Furcht und Uneinigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, haben wir das **Vertrauen** in unsere Union wiederhergestellt.

Wir haben gezeigt, was möglich ist, wenn wir uns und unseren europäischen Institutionen **vertrauen**. Und damit haben wir uns nicht nur dafür entschieden, die akuten Schäden zu reparieren und unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln, sondern auch dafür, den Weg zu bahnen für ein besseres Leben in der Welt von morgen.

Das ist es, worum es bei NextGenerationEU geht.

Dies ist unsere Chance, wir wollen den **Wandel selbst aktiv gestalten – und nicht, dass uns Katastrophen oder Vorgaben anderer vor sich hertreiben**.

Wir wollen stärker aus der Krise kommen. Indem wir **Chancen** für die Welt von morgen erschließen, anstatt **Rettungsschirme** für die Welt von gestern aufspannen.

Wir haben alles, was wir hierfür brauchen. Wir haben die alten Ausreden und Annehmlichkeiten über Bord geworfen, die uns immer zurückgehalten haben. Wir haben eine **Vision**, wir haben einen **Plan** und wir haben die **Investitionen**.

Nun ist es **Zeit, die Ärmel hochzukrempeln**.

Heute Morgen habe ich einen Brief an Präsident Sassoli und - stellvertretend für den deutschen Ratsvorsitz - an Bundeskanzlerin Merkel geschickt und darin die Pläne der Kommission für das kommende Jahr dargelegt.

Nicht auf jede Initiative will ich heute im Einzelnen eingehen, doch möchte ich die Themen ansprechen, auf die sich unsere Union in den kommenden zwölf Monaten konzentrieren muss.

DIE KRISE GEMEINSAM BEWÄLTIGEN: DAS VERSPRECHEN EUROPAS EINLÖSEN

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Die Menschen in Europa leiden noch immer.

Für Millionen von Menschen ist dies eine Zeit großer Sorge. Sorge um die Gesundheit der Familie, den Arbeitsplatz oder einfach nur, ob das Geld bis zum Monatsende reicht.

Die Pandemie und die damit einhergehende Unsicherheit sind noch nicht vorbei. Und die Erholung befindet sich noch in einem frühen Stadium.

Unsere Hauptpriorität besteht deshalb darin, uns gegenseitig durch diese Krise zu helfen. Für diejenigen da zu sein, die Hilfe brauchen.

Und dank unserer einzigartigen sozialen Marktwirtschaft ist Europa hierzu auch in der Lage.

Die soziale Marktwirtschaft ist vor allem **eine Wirtschaft für den Menschen**, die vor den großen Risiken des Lebens **schützt** – wie Krankheit, Unglück, Arbeitslosigkeit oder Armut. Sie **garantiert Stabilität** und hilft, Schocks besser abzufedern. Sie fördert Innovation, Wachstum und fairen Wettbewerb und **eröffnet Chancen und schafft Wohlstand**.

Nie zuvor war das **eherne Versprechen von Schutz, Stabilität und Chancen** wichtiger als heute.

Und lassen Sie mich sagen, warum.

Zuallererst muss Europa auch weiterhin Leben und Lebensgrundlagen schützen.

Dies ist wichtiger denn je inmitten einer Pandemie, die weder an Tempo noch an Wucht verliert.

Wir wissen, wie schnell Zahlen in die Höhe schießen und außer Kontrolle geraten können. Aus diesem Grund müssen wir **in dieser Pandemie auch weiterhin mit extremer Vorsicht agieren, mit großer Verantwortung und großer Geschlossenheit**.

Unsere Gesundheitssysteme und unsere Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger haben in den vergangenen sechs Monaten Wunder vollbracht.

Jedes Land hat versucht, das Beste zu tun für seine Bürgerinnen und Bürger.

Und gemeinsam hat Europa mehr geleistet als je zuvor.

Als die Mitgliedstaaten ihre Grenzen schlossen, haben wir grüne Korridore für Waren geöffnet.

Als mehr als 600 000 europäische Bürgerinnen und Bürger gestrandet waren, in allen Teilen der Welt,

hat die EU sie nach Hause geholt.

Als einige Länder Exportverbote für kritische Medizinprodukte verhängten, haben wir dem ein Ende gesetzt und dafür gesorgt, dass diese Produkte dorthin gelangen konnten, wo sie am dringendsten benötigt wurden.

Wir haben zusammengearbeitet mit der europäischen Industrie, um die Produktion von Masken, Handschuhen, Tests und Beatmungsgeräten zu steigern.

Unser Zivilschutzmechanismus hat sichergestellt, dass Ärzte aus Rumänien in Italien Patienten behandeln konnten oder dass Lettland in der Lage war, seine baltischen Nachbarn mit Masken zu versorgen.

All dies haben wir erreicht, ohne dafür voll und ganz zuständig zu sein.

Für mich liegt klar auf der Hand – wir müssen eine starke Europäische Gesundheitsunion schaffen.

Damit diese Wirklichkeit werden kann, müssen wir jetzt die ersten Lehren aus der Gesundheitskrise ziehen.

Wir müssen unser neues Programm „EU4Health“ zukunftsfest machen. Deshalb hatte ich eine Aufstockung der Mittel vorgeschlagen, und ich bin diesem Parlament sehr dankbar, dass es sich für eine Mittelserhöhung einsetzen will, um die Kürzungen des Europäischen Rates wieder wettzumachen.

Außerdem müssen wir nicht nur dafür sorgen, dass wir **für künftige Krisen besser gewappnet sind, sondern auch effektiver auf grenzübergreifende Gesundheitsgefahren reagieren können.**

Als ersten Schritt werden wir vorschlagen, die Europäische Arzneimittel-Agentur und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ECDC zu stärken. Sie sollen zusätzliche Befugnisse bekommen.

Als zweiten Schritt werden wir **eine europäische BARDA** aufbauen, also eine Agentur für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung in Europa. Durch diese neue Agentur werden wir besser und schneller auf grenzübergreifende Gefahren und Notsituationen reagieren können – ganz gleich ob diese natürlichen Ursprungs sind oder vorsätzlich verursacht wurden. Wir müssen strategische Vorräte anlegen, damit wir weniger abhängig werden von Lieferketten. Das gilt insbesondere für Arzneimittel.

Als dritten Schritt müssen wir über die Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich sprechen. Dies ist klarer als je zuvor – und, wie ich finde, eine lohnende und dringende Aufgabe der Konferenz über die Zukunft Europas.

Und weil es sich um eine globale Krise handelte, müssen wir die weltweiten Lehren ziehen. Deshalb werde ich zu einem Welt-Gesundheitsgipfel im kommenden Jahr in Italien einladen, gemeinsam mit Ministerpräsident Conte und dem italienischen G20-Vorsitz.

Auch, um den Europäerinnen und Europäern zu zeigen, dass **unsere Union sie alle schützt.**

Genau das haben wir bereits beim Arbeitnehmerschutz unter Beweis gestellt.

Bei meinem Amtsantritt habe ich eine versprochen, ein Instrument zu schaffen, das Arbeitnehmer und Unternehmen vor externen wirtschaftlichen Schocks schützt.

Weil ich aus meiner Erfahrung als Ministerin für Arbeit und Soziales weiß ich, dass solche Vorkehrungen funktionieren. Sie halten Menschen in Arbeit, Arbeitskräfte in Unternehmen und kleinere und mittlere Betriebe im Markt. Der Mittelstand ist der Motor unserer Wirtschaft, er wird die wirtschaftliche Erholung antreiben.

Aus diesem Grund hat die Kommission das Programm SURE geschaffen. Und ich danke diesem Haus dafür, dass es in Rekordzeit angenommen wurde.

Dass wir in Europa, anders als in anderen Teilen der Welt, Massenarbeitslosigkeit bislang vermeiden konnten, verdanken wir zu einem großen Teil der Tatsache, dass rund 40 Millionen Menschen einen Antrag auf Kurzarbeit gestellt haben.

Dank des zügigen Verabschiedens und der Einigkeit in dieser Sache werden im Rahmen von SURE bald 16 Länder in fast 90 Mrd. Euro SURE erhalten, um Arbeitnehmer und Unternehmen zu unterstützen.

Dies wird Familien entlasten, von Litauen bis Spanien, die sich sorgen, wie sie Essen auf den Tisch bringen und die Miete zahlen sollen.

EU-weit wird SURE Millionen Arbeitsplätze erhalten, Einkommen bewahren und Unternehmen retten.

Das ist gelebte europäische Solidarität. Und zeigt, dass **in unserer Union die Würde der Arbeit unantastbar** sein muss.

Doch zur Wahrheit gehört auch, dass sich Arbeit für zu viele Menschen nicht mehr lohnt.

Dumpinglöhne nehmen der Arbeit ihre Würde, strafen auch Unternehmer, die ordentliche Löhne zahlen. Weil Dumping den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerrt.

Die Kommission wird deshalb einen Gesetzesvorschlag vorlegen, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, einen **Rechtsrahmen für Mindestlöhne einzuführen**. Jeder in Europa sollte einen Anspruch auf Mindestlohn haben, sei es im Rahmen einer Tarifvereinbarung oder dank eines gesetzlichen Mindestlohns.

Ich bin eine große Befürworterin von Tarifvereinbarungen und unser Vorschlag wird nicht an nationalen Kompetenzen und Traditionen rütteln.

Wir haben in vielen Mitgliedstaaten gesehen, wie ein gut ausgehandelter Mindestlohn Arbeitsplätze sichert und für Gerechtigkeit sorgt – nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Unternehmen, die ihren Beschäftigten Wertschätzung entgegenbringen.

Mindestlöhne funktionieren – und es wird Zeit, dass sich Arbeit wieder lohnt.

Das zweite Versprechen der sozialen Marktwirtschaft ist Stabilität.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten haben auf eine beispiellose Krise mit beispiellosen Maßnahmen reagiert.

Indem Europa seine **Einigkeit unter Beweis gestellt und gezeigt hat, dass es der Aufgabe gewachsen ist**, hat es unseren Volkswirtschaften die benötigte Stabilität verschafft.

Erstmals in unserer Geschichte hat die Kommission **die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts aktiviert**.

Unsere europäischen Fonds und Beihilfavorschriften haben wir flexibler gestaltet.

Für Unternehmen und Wirtschaftszweige wurden Beihilfen in Höhe von **drei Billionen Euro** genehmigt: Von Fischern in Kroatien über Landwirte in Griechenland bis hin zu kleinen Betrieben in Italien und Freiberuflern in Dänemark.

Über ihr PEPP-Programm hat die Europäische Zentralbank entschlossen zur Krisenbewältigung beigetragen.

Die Kommission hat in Rekordtempo NextGenerationEU und einen überarbeiteten Haushaltsentwurf vorgelegt.

Investitionen werden dabei mit den dringend benötigten Reformen kombiniert.

Der Rat hat das im Rekordtempo unterstützt.

Und auch dieses Haus arbeitet unter Hochdruck daran, möglichst bald darüber abzustimmen.

In diesen außergewöhnlichen Zeiten hat Europa erstmals sein eigenes Instrumentarium geschaffen, um die Stabilisierungselemente nationaler Haushalte zu ergänzen.

Dies ist ein bemerkenswerter Moment der Einheit für unsere Union – ein Erfolg, auf den wir alle stolz sein sollten.

Wir müssen nun auf Kurs bleiben. Wir alle haben die Prognosen gesehen. Wir erwarten, dass unsere Wirtschaft wieder anzieht, nach dem 12%igen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal.

Doch so schleichend wie das Virus ist auch die Unsicherheit – hier in Europa wie im Rest der Welt.

Deshalb ist jetzt definitiv **nicht** die Zeit, die Unterstützung einzustellen.

Unsere Volkswirtschaften brauchen weiterhin die Hilfe der Politik. Wir müssen einen sinnvollen Mittelweg finden zwischen finanzieller Unterstützung einerseits und langfristiger Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen andererseits.

Längerfristig führt kein besserer Weg zu Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit als eine stärkere Wirtschafts- und Währungsunion.

Das Vertrauen in den Euro war nie größer.

Die historische Einigung über NextGenerationEU spiegelt auch den politischen Rückhalt für Europa wider.

Wir müssen jetzt die Gelegenheit nutzen, um strukturelle Reformen in unseren Volkswirtschaften anzupacken, und die Kapitalmarktunion und die Bankenunion zu vollenden.

Tiefe und liquide Märkte sind äußerst wichtig, damit Unternehmen Zugang zu dem Kapital bekommen, das sie brauchen, um zu wachsen und in den Wiederaufbau und die Zukunft zu investieren.

Und sie sind auch eine Voraussetzung für die weitere Stärkung der internationalen Rolle des Euro.

Packen wir es an und stellen dieses Generationenprojekt endlich fertig.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, unser drittes, ehernes Versprechen ist, den Menschen Chancen zu bieten.

Die Pandemie hat uns an Vieles erinnert, das wir vielleicht verdrängt oder für zu selbstverständlich gehalten hatten.

Sie hat uns vor Augen geführt, wie eng verknüpft unsere Volkswirtschaften sind und wie wichtig ein reibungslos funktionierender Binnenmarkt ist für unseren Wohlstand und unsere Art zu Leben.

Beim Binnenmarkt geht es darum, Chancen zu nutzen - damit Verbraucher für ihr Geld gute Ware erhalten, Unternehmen ihre Produkte überall in Europa anbieten können und die Industrie global noch wettbewerbsfähiger werden kann.

Und für uns alle geht es darum, die Chancen zu nutzen und die Freiheiten, die wir in Europa hochhalten, voll auszuschöpfen. Der Binnenmarkt bietet unseren Unternehmen die Größe, die sie brauchen, um global mithalten und ist für sie ein sicherer Hafen in schweren Zeiten. Wir haben uns daran gewöhnt, dass der Binnenmarkt stetig unseren Alltag leichter macht. Er trägt ganz wesentlich dazu bei, diese Krise zu bewältigen und stärker aus ihr hervorzugehen.

Geben wir ihm frischen Schwung.

Wir müssen die Schranken im Binnenmarkt einreißen. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir müssen das Implementieren und Durchsetzen von Recht verbessern. **Und wir müssen den vier Grundfreiheiten wieder Geltung verschaffen – und zwar vollständig, so schnell wie möglich.**

Die Voraussetzung hierfür ist ein voll funktionierender Schengen-Raum mit freiem Personenverkehr. Wir werden dies oben auf unsere politische Agenda setzen, in Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Mitgliedstaaten, und eine **neue Strategie für die Zukunft von Schengen** vorschlagen.

Dank unseres starken Binnenmarkts war die europäische Industrie immer der Motor unserer Wirtschaft. Sie sichert Millionen von Menschen ein stabiles Auskommen und sorgt für die sozialen Zentren, um die herum unsere Gemeinschaften entstehen.

Im März haben wir unsere neue Industriestrategie vorgelegt, damit die Industrie beim doppelten grünen und digitalen Wandel die Führungsrolle übernehmen kann. In den letzten sechs Monaten hat dieser Wandel noch an Tempo zugelegt – in einer Zeit, in der sich das weltweite Wettbewerbsumfeld grundlegend verändert hat. Deshalb werden wir unsere Industriestrategie in der ersten Hälfte des nächsten Jahres aktualisieren und unsere Wettbewerbsregeln anpassen, denn sie sollten ebenfalls auf dem neuesten Stand sein.

NEUER SCHWUNG FÜR EUROPA: DIE WELT VON MORGEN SCHAFFEN

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

all dies wird dafür sorgen, dass Europa wieder zu seiner alten Form gelangt. Aber wir müssen nicht nur gemeinsam diese schweren Zeiten durchstehen, wir müssen auch für neuen Schwung sorgen, der uns in die Welt von morgen bringt.

Es gibt keinen dringenderen Grund für rasches Handeln als die Zukunft unseres gefährdeten Planeten.

Obwohl die Welt während der Ausgangssperren weitgehend stillstand, nahm die Erderwärmung weiter gefährlich zu.

Das können wir überall sehen: von Häusern, die wegen eines drohenden Gletscherabbruchs am Mont Blanc evakuiert wurden, über verheerende Brände an der Westküste der USA bis hin zu Ernten in Rumänien, die durch die schwerste Dürre seit Jahrzehnten vernichtet wurden.

Aber wir haben auch gesehen, wie die Natur in unseren Alltag zurückkehrt.

Für unser körperliches und seelisches Wohlbefinden haben wir uns nach Grünflächen und besserer Luft gesehnt.

Wir wissen, dass wir etwas ändern müssen – und wir wissen, dass es machbar ist.

Der European Green Deal ist unser Konzept für diese Wende.

Sein Herzstück ist unser Ziel, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden.

Aber das werden wir nicht schaffen, wenn wir weitermachen wie bisher – wir müssen schneller handeln, wir müssen unsere Sache besser machen.

Wir haben alle Sektoren gründlich untersucht, um zu sehen, wie schnell wir handeln können – verantwortlich und von Fakten geleitet.

Es gab eine breite öffentliche Konsultation und eine umfassende Folgenabschätzung.

Davon ausgehend schlägt die Europäische Kommission nun vor, die Zielvorgabe für das Einsparen der Emissionen bis 2030 auf mindestens 55 % anzuheben.

Ich weiß, dass diese Erhöhung unseres Einsparziels von 40 % auf 55 % für manche zu viel ist, und für andere zu gering.

Aber unsere Folgenabschätzung hat eindeutig ergeben, dass unsere Wirtschaft und Industrie dies bewältigen können.

Und sie wollen das auch. Erst gestern haben mir 170 Führungskräfte und Investoren geschrieben – von kleineren Firmen bis hin zu einigen der größten Unternehmen der Welt – und Europa aufgefordert, ein Ziel von mindestens 55 % vorzugeben.

Unsere Folgenabschätzung zeigt ganz klar: wenn wir dieses Ziel erreichen würden, wäre die EU auf dem besten Weg, bis 2050 klimaneutral zu werden und ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zu erfüllen.

Und wenn andere unserem Beispiel folgen, kann die Erderwärmung auf unter 1,5 °C beschränkt werden.

Ich weiß, dass viele unsere Partner noch weit davon entfernt sind – und ich werde später noch auf das CO2G renzausgleichssystem zurückkommen.

Aber für uns ist die **Zielvorgabe für 2030 ehrgeizig, machbar und gut für Europa.**

Wir können das schaffen. Wir haben bereits gezeigt, dass wir das schaffen können.

Die Emissionen sind seit 1990 um 25 % gesunken, gleichzeitig ist unsere Wirtschaft um mehr als 60 % gewachsen.

Im Unterschied zu damals verfügen wir jetzt über mehr Technologien, mehr Wissen und mehr Investitionen. Und wir sind bereits auf dem Weg zu Kreislaufwirtschaft und CO2n eutraler Produktion.

Wir haben mehr junge Menschen, die auf Veränderung drängen. Wir haben mehr Nachweise, dass das, was gut für das Klima ist, auch gut ist für Unternehmen und gut für uns alle.

Und wir haben ein festes Versprechen, dass dabei niemand zurückgelassen wird. Mit unserem Fonds für einen gerechten Übergang werden wir die Regionen unterstützen, für die die Anpassung aufwändiger und teurer wird.

Wir haben alles zur Verfügung, was wir für unser Vorhaben brauchen. Nun liegt es in unserer Verantwortung, es umzusetzen und unsere Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wenn wir dieses neue Ziel erreichen, werden wir weniger von Energieimporten abhängig sein, Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen und die Luftverschmutzung mehr als halbieren.

Aber um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir heute anfangen.

Bis nächsten Sommer werden wir sämtliche EU-Klima- und Energievorschriften überarbeiten – nach dem Motto „fit für 55“.

Wir werden den Emissionshandel verbessern, erneuerbare Energie fördern, die Energieeffizienz erhöhen und die Besteuerung von Energie neu gestalten.

Aber der European Green Deal ist weit mehr als nur ein Programm um Emissionen senken.

Es geht um die systematische Modernisierung unserer gesamten Wirtschaft, Gesellschaft und Industrie. **Es geht darum, eine bessere, stärkere Welt zu schaffen.**

Unser aktueller Verbrauch an Rohstoffen, Energie, Wasser und Lebensmitteln und unsere gegenwärtige Landnutzung sind nicht nachhaltig.

Wir müssen sorgsamer mit der Natur umgehen, wir müssen die Art und Weise ändern, in der wir produzieren und konsumieren, leben und arbeiten, essen und heizen, reisen und Güter transportieren.

Deshalb werden wir alles angehen, von gefährlichen Chemikalien bis hin zu Entwaldung und Umweltverschmutzung.

Dies ist ein Plan für einen echten Aufbau. Ein Investitionsplan für Europa.

Und NextGenerationEU wird dabei einen bedeutenden Unterschied machen.

Erstens: 37 % der Mittel von NextGenerationEU werden unmittelbar für die Ziele unseres europäischen Grünen Deals ausgegeben.

Und ich werde dafür sorgen, dass wir auch bei der grünen Finanzierung einen Schritt nach vorne machen.

Wir sind weltweit führend bei grüner Finanzierung und Auflegung grüner Anleihen. Wir sind Vorreiter beim Entwickeln eines zuverlässigen EU-Standards für grüne Anleihen.

Und ich kann Ihnen heute mitteilen, dass wir die Zielmarke stecken werden, **30 % der 750 Mrd. Euro von NextGenerationEU durch grüne Anleihen zu beschaffen.**

Zweitens: NextGenerationEU sollte in europäische Leuchtturm-Projekte mit größtmöglicher Wirkung investieren: in Wasserstoff, in Renovierung und in 1 Million Ladestationen für Elektrofahrzeuge.

Und so könnte dies gelingen:

Vor zwei Wochen begann in Schweden der Testlauf eines einzigartigen Pilotprojekts zur Stahlerzeugung ohne fossile Brennstoffe. Dabei wird anstelle von Kohle Wasserstoff verwendet, um sauberen Stahl zu produzieren.

Dies zeigt, dass Wasserstoff unserer Industrie zu einer neuen, sauberen Tätigkeit verhelfen kann.

Ich will, dass NextGenerationEU neue „European Hydrogen Valleys“ entstehen lässt, um unsere Industrie zu modernisieren, Kraftstoffe für unsere Fahrzeuge zu produzieren, und neues Leben in ländliche Gebiete zu bringen.

Das zweite Beispiel sind die Gebäude, in denen wir wohnen und arbeiten.

40% unserer Emissionen werden von unseren Gebäuden erzeugt. Sie dürfen nicht so viel Energie verschwenden, sie dürfen nicht so teuer sein, sie müssen nachhaltiger werden.

Und wir wissen, der Bausektor könnte sogar CO₂ aufnehmen statt es auszustoßen, wenn ökologische Baustoffe wie Holz und kluge Technologien wie Künstliche Intelligenz eingesetzt werden.

Ich will, dass NextGenerationEU eine europäische Renovierungswelle auslöst und unsere Union zu einem Spitzenreiter in der Kreislaufwirtschaft macht.

Aber dies ist nicht nur ein Umwelt- oder Wirtschaftsprojekt, sondern muss auch ein neues Kulturprojekt für Europa werden. Jede Bewegung hat ihr eigenes Gefühl. Wir müssen dem Systemwandel ein Gesicht verleihen – um Nachhaltigkeit mit einer eigenen Ästhetik zu verbinden.

Deshalb werden wir ein neues europäisches Bauhaus errichten – einen Raum, in dem Architekten, Künstler, Studenten, Ingenieure und Designer gemeinsam und kreativ an diesem Ziel arbeiten.

Dies ist NextGenerationEU. So schaffen wir die Welt von morgen.

Eine Welt mit einer Wirtschaft, die Emissionen senkt, den Wettbewerb stärkt, Energiearmut bekämpft, lohnende Arbeit schafft und für eine bessere Lebensqualität sorgt.

Eine Welt, in der wir auf digitale Technologien setzen, im Interesse einer gesunderen, grüneren Gesellschaft.

Dies ist aber nur möglich, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten, und ich werde darauf bestehen, dass die Aufbaupläne uns nicht nur aus der Krise helfen, sondern auch dazu beitragen, Europa mit Schwung in die Welt von morgen zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Stellen wir uns für einen Moment diese Pandemie vor ohne das Digitale. Quarantäne – vollständig isoliert von Familie und Gemeinschaft; abgeschnitten von der Arbeitswelt; gewaltige Versorgungsprobleme. So muss es wohl vor 100 Jahren während der letzten Pandemie gewesen sein.

Ein Jahrhundert später erlaubt moderne Technologie jungen Menschen, aus der Ferne zu lernen, und Millionen von Menschen, von zu Hause aus zu arbeiten. Sie ermöglicht Unternehmen, die Produktion am Laufen zu halten und ihre Produkte zu vertreiben, und sie ermöglicht öffentlichen Verwaltungen, trotz der Distanz wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Wie haben in wenigen Wochen mehr digitale Innovation und Transformation erreicht, als sonst in Jahren.

Wir stoßen an die Grenzen dessen, was wir auf analogem Wege noch tun können. Und diese digitale Beschleunigung hat gerade erst begonnen.

Das kommende Jahrzehnt muss Europas „Digital Decade“ sein.

Und wir brauchen einen gemeinsamen Plan für das digitale Europa mit klar definierten Zielen bis 2030 für Bereiche wie Konnektivität, digitale Kompetenzen und öffentliche Verwaltung.

Und mit klaren Prinzipien:

das Recht auf Privatsphäre und Zugang, freie Meinungsäußerung, freier Datenfluss und Cybersicherheit.

Um das zu erreichen, muss Europa jetzt führen oder es wird lange anderen folgen müssen, die diese Standards für uns setzen. Deswegen müssen wir schnell handeln.

Es gibt drei Bereiche, auf die wir uns meiner Meinung nach konzentrieren müssen.

Zuerst die **Daten**.

Bei den personalisierten Daten, Business to Consumer, war Europa zu langsam und ist nun auf andere angewiesen.

Das darf uns bei den Industriedaten nicht passieren.

Und hier ist die gute Nachricht: Hier ist Europa noch in Führung - wir haben die Technologie, und wir haben vor allem die Industrie.

Aber das Rennen ist damit nicht gewonnen.

Die Menge der Industriedaten in der Welt wird sich in den nächsten fünf Jahren vervierfachen - und ebenso die damit verbundenen Chancen.

Wir müssen jetzt unseren Unternehmen, Mittelständlern, Start-ups und Forscherinnen die Möglichkeit eröffnen, aus dem Vollen zu schöpfen.

Industriedaten sind Gold wert, wenn es darum geht, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Die Realität sieht aber noch so aus, dass 80% der Industriedaten gesammelt aber nie genutzt werden.

Das ist reine Verschwendung.

Eine echte Datenwirtschaft wäre hingegen ein kraftvoller Motor für Innovation und neue Arbeitsplätze.

Und deshalb müssen wir diese Daten für Europa sichern und breit zugänglich machen.

Dafür brauchen wir gemeinsame Datenräume - zum Beispiel im Energie- oder Gesundheitswesen.

Diese würden Innovationscluster stärken, in denen Universitäten, Unternehmen und Forschungseinrichtungen sicher auf Daten zugreifen und zusammenarbeiten können.

Deshalb werden wir im Rahmen von NextGenerationEU eine europäische Cloud aufbauen - auf der Grundlage von GAIA-X.

Der **zweite** Bereich, auf den wir uns konzentrieren müssen, ist die **Technologie** - und hier insbesondere die **künstliche Intelligenz**.

Ob es um Präzisionsanbau in der Landwirtschaft geht oder um treffgenaue medizinische Diagnosen oder um sicheres autonomes Fahren - die künstliche Intelligenz wird uns Welten eröffnen, doch auch diese Welten brauchen Regeln.

Wir in Europa wollen ein Regelwerk, das den **Menschen in den Mittelpunkt** stellt.

Algorithmen dürfen keine Black Box sein und es muss klare Regeln geben für den Fall, dass etwas schiefgeht.

Die Kommission wird im nächsten Jahr ein entsprechendes Gesetz vorschlagen.

Dazu gehört auch die Kontrolle über unsere persönlichen Daten, die wir heute viel zu selten haben.

Jedes Mal, wenn eine Website uns aufgefordert, eine neue digitale Identität zu erstellen oder uns bequem über eine große Plattform anzumelden, haben wir in Wirklichkeit keine Ahnung, was mit unseren Daten geschieht.

Aus diesem Grund wird die Kommission demnächst eine sichere europäische digitale Identität vorschlagen.

Eine, der wir vertrauen und die Bürgerinnen und Bürger überall in Europa nutzen können, um alles zu tun, vom Steuern zahlen bis hin zum Fahrrad mieten.

Eine Technologie, bei der wir selbst kontrollieren können, welche Daten ausgetauscht und wie sie verwendet werden.

Der dritte Punkt ist die **Infrastruktur**.

Die Datenverbindungen müssen mit dem rasanten Tempo Schritt halten.

Wenn wir uns ein Europa der gleichen Startchancen auf die Fahnen schreiben, dann kann es nicht sein, dass 40 % der Menschen in ländlichen Gebieten immer noch ohne Zugang zu schnellen Breitbandverbindungen sind.

Breitbandverbindungen sind heute die Voraussetzung für home office, home learning, online shopping, und jeden Tag neue wichtige Dienstleistungen.

Und ohne Breitbandverbindungen lässt sich heute kaum mehr ein Unternehmen aufbauen oder effektiv führen.

Schnelle Daten sind die Voraussetzung und eine Riesenchance für die Revitalisierung ländlicher Räume.

Nur dann können sie ihr Potenzial voll ausschöpfen und wieder mehr Menschen und Investitionen anziehen.

Der Investitionsschub durch NextGenerationEU ist eine einmalige Gelegenheit, den Ausbau bis ins letzte Dorf voranzutreiben.

Deswegen wollen wir bei den Aufbauplänen einen Schwerpunkt auf sichere Konnektivität, auf den Ausbau von 5G, 6G und Glasfaser setzen.

NextGenerationEU ist ebenso eine einmalige Gelegenheit, einen gemeinsamen europäischen Ansatz für Konnektivität und für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu entwickeln.

All das ist kein Selbstzweck – es geht um Europas digitale Souveränität, im Kleinen wie im Großen.

In diesem Sinne freue ich mich, **Investition von 8 Milliarden Euro in die nächste Generation von Supercomputern** ankündigen zu können – Spitzentechnologie *made in Europe!*

Und wir wollen, dass die Europäische Industrie einen eigenen Mikroprozessor der nächsten Generation entwickelt, der uns erlaubt, die steigenden Datenmengen energieeffizient und sicher zu nutzen.

All das gehört für mich zur „Digital Decade“!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wenn Europa jetzt aufs Tempo drückt, müssen wir vor allem unsere Zögerlichkeit ablegen.

Es geht darum, Europa mehr Kontrolle über seine Zukunft zu geben.

Wir haben alles, was es braucht, um sie Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch der Privatsektor wartet dringend auf den Plan, der nun da ist.

Es gab noch nie einen besseren Zeitpunkt, um in europäische Technologieunternehmen zu investieren, die überall von Sofia über Lissabon bis Kattowitz neue digitale Cluster aufbauen.

Wir haben die Menschen, die Ideen und die Investitionskraft, um als Europäischen Union erfolgreich zu sein.

Und deshalb werden wir 20 % von NextGenerationEU in Digitaltechnik investieren.

Wir wollen den europäischen Weg ins Digitalzeitalter gehen -

basierend auf unseren Werten, unserer Stärke und unseren globalen Ambitionen.

EIN VITALES EUROPA IN EINER FRAGILEN WELT

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Europa ist fest entschlossen, diesen Übergang zu nutzen und eine Welt zu schaffen, in der wir künftig leben wollen. Und die weit über unsere Grenzen hinaus ausstrahlt.

Die Pandemie hat gezeigt, wie fragil das globale System ist, und gleichzeitig, wie wichtig Zusammenarbeit ist, um große Herausforderungen zu bewältigen.

Im Angesicht der Krise haben einige in der Welt sich dafür entschieden, sich in die Isolation zurückzuziehen. Andere arbeiten aktiv daran, die Krise zu nutzen, um das System zu destabilisieren.

Europa hat sich dazu entschlossen, die Hand auszustrecken und Hilfe zu leisten.

Europa geht es nicht um schnelle, eigennützige Propaganda. Es geht uns auch nicht um „Europe First“. Europa will echte und ernst gemeinte Hilfe leisten.

Während der Pandemie haben europäische Flugzeuge tausende Tonnen von Schutzausrüstung in die ganze Welt geliefert – vom Sudan bis nach Afghanistan, von Somalia bis nach Venezuela.

Niemand wird sicher sein, solange nicht alle sicher sind – ganz gleich, wo wir leben und wie gut es uns geht.

Ein Impfstoff – zugänglich, bezahlbar und sicher – ist die vielversprechendste Lösung für die Welt.

Zu Beginn der Pandemie gab es keine Gelder, keinen globalen Rahmen für einen COVID-Impfstoff – nur einen Wettlauf, wer als erster zum Zuge kommt.

An diesem Punkt hat die **EU gehandelt und die Führung der „Global Response“, der globalen Antwort übernommen.** Zusammen mit der Zivilgesellschaft, den G20, der WHO und anderen haben wir erreicht, dass mehr als 40 Länder zusammen 16 Mrd. Euro für die Erforschung von Impfstoffen, Tests und medizinischer Behandlung für die ganze Welt mobilisiert haben. Dies ist der einzigartigen Überzeugungskraft der Europäischen Union zu verdanken.

Aber dies reicht nicht aus, um einen Impfstoff zu finden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen in Europa und in der ganzen Welt Zugang dazu haben.

Vor zwei Wochen ist die EU der COVAX-Allianz für einen globalen Impfstoffzugang beigetreten und hat 400 Mio. Euro bereitgestellt, damit nicht nur diejenigen Zugang zu sicheren Impfstoffen haben, die es sich leisten können – sondern alle, die sie brauchen.

Impfstoffnationalismus gefährdet Leben. Impfstoffkooperation rettet sie.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wir sind fest überzeugt von der Kraft und vom Wert der Zusammenarbeit in internationalen Gremien.

Nur mit starken Vereinten Nationen können wir dauerhafte Lösungen für Krisen wie in Libyen oder Syrien finden.

Nur mit einer starken Weltgesundheitsorganisation können wir uns besser auf globale Pandemien oder lokale Ausbrüche vorbereiten und besser darauf reagieren – ob es nun Corona oder Ebola ist.

Und nur mit einer starken Welthandelsorganisation können wir einen fairen Wettbewerb für alle sicherstellen.

Gleichzeitig ist es aber auch so, **dass es nie dringender war, unserem multilateralen System neues Leben einzuhauchen und es zu reformieren.** In unserem globalen System hat sich eine schleichende Lähmung breitgemacht. Großmächte ziehen sich entweder aus den gemeinsamen Einrichtungen zurück, oder sie missbrauchen sie für ihre eigene Agenda.

Beides führt am Ziel vorbei. Ja, wir sind für Veränderung. Aber wir sind für Veränderung durch konstruktives Gestalten, nicht durch destruktives Agieren.

Deswegen möchte ich, dass die EU Reformen bei WTO und WHO anstößt, damit sie besser für die akuten Herausforderungen gerüstet sind.

Aber wir sind uns bewusst, dass multilaterale Reformen Zeit brauchen, während sich die Welt weiterdreht.

Es steht außer Frage, dass sich Europa in globalen Angelegenheiten klar positionieren und rasch handeln muss.

Erst vorgestern hatten wir ein Gipfeltreffen zwischen den Führungsspitzen der EU und Chinas.

Die Beziehung zwischen der Europäischen Union und China ist eine der strategisch wichtigsten und gleichzeitig eine der schwierigsten.

Ich habe von Anfang an gesagt, dass China für uns ein Verhandlungspartner, ein wirtschaftlicher Konkurrent und ein systemischer Rivale ist.

Bei Themen wie dem Klimawandel teilen wir gemeinsame Interessen – und China hat gezeigt, dass es gewillt ist, sich über einen Dialog mit hochrangiger Besetzung einzubringen. Aber wir erwarten von China, dass es seinen Verpflichtungen aus dem Pariser Übereinkommen nachkommt und mit gutem Beispiel vorangeht.

Wir haben noch viel Arbeit vor uns, ob in puncto Überkapazitäten oder vergleichbar faire Zugänge für Unternehmen auf beiden Märkten. Unsere Handels- und Investitionspartnerschaft ist immer noch nicht ausgeglichen.

Es steht auch außer Frage, dass wir ganz unterschiedliche Regierungs- und Gesellschaftssysteme befürworten. Wir sind überzeugt von der Demokratie als universellem Gut und vom Recht des Einzelnen.

Es ist nicht so, als hätten wir in Europa keine Probleme – denken Sie beispielsweise an den Antisemitismus. Aber wir diskutieren sie öffentlich. Kritik und Opposition werden nicht nur akzeptiert, sondern sind gesetzlich geschützt.

Deshalb müssen wir Menschenrechtsverletzungen immer ansprechen, egal, wann und wo sie passieren – ob in Hongkong oder zu Lasten der Uiguren.

Aber was hält uns zurück? Warum werden auch einfache Stellungnahmen zu Verstößen gegen die Wertvorstellungen der EU häufig erst verspätet veröffentlicht, verwässert oder für andere Zwecke instrumentalisiert?

Den Mitgliedstaaten, die immer klagen, Europa sei zu langsam, sage ich: Fasst Euch ein Herz und erlaubt Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit – zumindest bei Menschenrechtsverletzungen und Sanktionen.

Das Parlament hat etliche Male eine Europäische Version des Magnitsky Act gefordert – und ich kann hier und heute ankündigen, dass wir jetzt einen Vorschlag dazu vorlegen werden.

Wir müssen unser Instrumentarium vervollständigen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ob bei Hongkong, Moskau oder Minsk: Europa muss sich schnell und klar positionieren.

Ich möchte es hier in aller Deutlichkeit sagen: Die Europäische Union ist auf der Seite der belarussischen Bevölkerung.

Der unglaubliche Mut der Menschen, die sich friedlich am Unabhängigkeitsplatz versammeln oder am Marsch der Frauen teilgenommen haben, hat uns alle beeindruckt.

Die Wahlen, derentwegen sie auf die Straße gehen, waren weder frei noch fair. Und das brutale Vorgehen der Regierung seither ist beschämend.

Die belarussische Bevölkerung muss frei über ihre eigene Zukunft entscheiden können. Sie sind keine Figuren auf einem fremden Schachbrett.

Und denjenigen, die engere Beziehungen zu Russland fordern, sage ich: Die Vergiftung von Alexei Nawalny mit einem hochentwickelten chemischen Kampfstoff ist kein Einzelfall. **Das gleiche Muster haben wir zuvor in Georgien und der Ukraine, in Syrien und Salisbury gesehen – und bei der Einmischung in Wahlen weltweit.** Dieses Muster ändert sich nicht – und keine Pipeline wird daran etwas ändern.

Die Türkei ist ein wichtiger Nachbar und wird es immer bleiben. Doch trotz der geografischen Nähe scheinen wir uns mehr und mehr voneinander zu entfernen. Natürlich liegt die Türkei in einem schwierigen Umfeld. Und ja, die Türkei hat Millionen Flüchtlinge aufgenommen, weswegen wir ihr erhebliche finanzielle Unterstützung zukommen lassen. Aber nichts davon rechtfertigt Versuche, Nachbarländer einzuschüchtern.

Unsere Mitgliedstaaten, Zypern und Griechenland können sich beim Schutz ihrer legitimen Hoheitsrechte stets auf die volle Solidarität Europas verlassen.

Eine Deeskalation im östlichen Mittelmeer ist in unserem beiderseitigen Interesse. Die Rückkehr der Erkundungsschiffe in türkische Häfen in den vergangenen Tagen ist ein positiver Schritt in diese Richtung. Das ist notwendig, um Raum für Dialog zu schaffen. Der einzige Weg nach vorne ist, einseitige Handlungen zu unterlassen und die Gespräche wiederaufzunehmen – offen und mit gutem Willen. Dies ist der einzige Weg zu Stabilität und dauerhaften Lösungen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Europa muss aber nicht nur entschiedener auf globale Ereignisse reagieren, sondern auch seine Partnerschaft mit seinen Freunden und Alliierten vertiefen und weiterentwickeln.

Und das fängt bei der Neubelebung unserer beständigsten Allianzen an.

Wir sind vielleicht nicht immer mit den jüngsten Entscheidungen des Weißen Hauses einverstanden. Aber wir werden **das transatlantische Bündnis immer in Ehren halten** – aufgrund unserer gemeinsamen Werte und Geschichte, und aufgrund der unverwüstlichen Verbundenheit, die zwischen den Menschen herrscht.

Was auch immer gegen Jahresende passieren wird: Wir stehen bereit, um eine neue transatlantische Agenda zu erarbeiten. Wir sind auch bereit, unsere bilateralen Beziehungen auszubauen – ob bei Handel, Technologie oder Steuern.

Und wir sind bereit, *gemeinsam* die Reform des internationalen Systems anzugehen, das wir ja *gemeinsam* mit gleichgesinnten Partnern aufgebaut haben. In unserem ureigenen Interesse und im Interesse aller.

Wir wollen einen neuen Anfang zwischen alten Freunden – auf beiden Seiten des Atlantiks wie auch auf

beiden Seiten des Ärmelkanals.

Die Szenen hier in diesem Raum, als wir uns Hand in Hand zu den Klängen von Auld Lang Syne verabschiedet haben, sprachen Bände. Sie offenbarten eine Zuneigung zu den Briten, die ewig Bestand haben wird.

Aber mit jedem Tag schwinden die Chancen, dass wir *doch* noch rechtzeitig ein Abkommen erzielen. Verhandlungen sind nie leicht. Das wissen wir nur allzu gut.

Und mit Michel Barnier hat die Kommission den besten und erfahrensten Unterhändler benannt, um den richtigen Weg zu finden.

Aber die Gespräche sind nicht so vorangeschritten, wie wir es uns erhofft hatten. Und nun bleibt uns nur sehr wenig Zeit.

Wie immer wird dieses Parlament Neuigkeiten zuerst erfahren und das letzte Wort haben. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie ebenso wie beim Austrittsabkommen über jeden Schritt informieren werden.

Über dieses Abkommen haben wir drei Jahre lang Tag und Nacht verhandelt. Zeile um Zeile, Wort für Wort.

Und zusammen haben wir das Ziel erreicht. Das Ergebnis? Die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger, die finanziellen Interessen, die Integrität des Binnenmarktes und – ganz wichtig – das Karfreitagsabkommen: alles wird gewahrt.

Die EU und das Vereinigte Königreich waren sich einig, dass es die beste und einzige Lösung war, um den Frieden zwischen Irland und Nordirland nicht zu gefährden.

Davon werden wir auch nie abrücken. Dieses Abkommen wurde von diesem Parlament und vom *House of Commons* ratifiziert.

Es kann nicht einseitig geändert oder missachtet oder ignoriert werden. Es geht hier um Recht, um Vertrauen und um guten Glauben.

Mit dieser Meinung bin ich nicht alleine. Margaret Thatcher sagte einst:

„Großbritannien bricht keine Verträge. Es wäre schlecht für Großbritannien, schlecht für unsere Beziehungen zum Rest der Welt und schlecht für jeden künftigen Handelsvertrag.“

Das stimmte damals, und stimmt noch heute.

Vertrauen ist das Fundament jeder starken Partnerschaft.

Und Europa wird immer bereit sein, enge Partnerschaften mit unseren engsten Nachbarn einzugehen. Das fängt mit dem Westbalkan an.

Die Entscheidung vor einem halben Jahr, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, war historisch.

Die Zukunft der *gesamten* Region liegt in der EU. Wir teilen dieselbe Geschichte, wir teilen dasselbe Schicksal.

Der Westbalkan ist ein Teil Europas, und nicht nur ein Zwischenhalt auf der Seidenstraße.

Wir werden demnächst ein Paket für die wirtschaftliche Erholung der **Westbalkanstaaten** vorlegen, in dem es insbesondere um regionale Investitionsinitiativen geht.

Wenn es darum geht, Jobs zu schaffen und ihre Volkswirtschaften in Gang zu bringen, werden wir auch für die Länder unserer **Östlichen Partnerschaft** da sein. Ebenso wie für unsere Partner im Süden.

Nicht ohne Grund ging meine allererste Auslandsreise als Kommissionspräsidentin zur Afrikanischen Union. Es lag auf der Hand und es war ein klares Signal, denn wir sind nicht nur Nachbarn, sondern auch natürliche Partner.

Drei Monate später war ich mit meinem gesamten College wieder dort, um unsere Prioritäten für unsere neue Strategie mit Afrika festzulegen. Es ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe, in der beide Seiten Vorteile und Pflichten haben.

Afrika wird ein entscheidender Bündnispartner bei unserem Vorhaben sein, die Welt von morgen zu gestalten – ob im Bereich Klima, Digitales oder Handel.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wir glauben an einen offenen und fairen Handel in der Welt. Nicht zum Selbstzweck, sondern als Mittel, um Wohlstand zu schaffen und unsere Werte und Standards weiterzutragen. Am Handel mit

Japan hängen in Europa mehr als 600 000 Arbeitsplätze. Und allein durch unser jüngstes Abkommen mit Vietnam konnten Arbeitnehmerrechte für Millionen von Arbeitskräften in dem Land gesichert werden.

Wir werden unser diplomatisches Gewicht und unsere wirtschaftliche Schlagkraft **einsetzen**, um Vereinbarungen auszuhandeln, die etwas zum Besseren verändern – etwa die Bestimmung maritimer Schutzgebiete in der Antarktis. Das wäre eine der größten Errungenschaften zum Schutz der Umwelt, die es je gab.

Bei Themen wie der digitalen Ethik oder dem Kampf gegen die Abholzung der Wälder **werden wir ehrgeizige Koalitionen bilden**, und Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern aufbauen – von den asiatischen Demokratien über Australien, Afrika und Amerika, und mit allen anderen, die sich anschließen möchten.

Wir werden uns für eine gerechte Globalisierung einsetzen. Aber wir können sie nicht als gegeben ansehen. Wir müssen auf Fairness und gleiche Wettbewerbsbedingungen bestehen. Europa wird voranschreiten – ob alleine oder mit Partnern, die sich anschließen wollen.

Wir arbeiten beispielsweise an einem „**Carbon Border Adjustment Mechanism**“.

CO2 muss seinen Preis haben – denn die Natur hat schon einen zu hohen Preis gezahlt.

Dieser **CO2-Ausgleichsmechanismus** soll einerseits ausländische Hersteller und EU-Importeure dazu ermutigen, ihren CO2-Ausstoß zu verringern, und andererseits dafür sorgen, dass wir gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, in Einklang mit der WTO.

Das gleiche Prinzip gilt auch für die **Digitalsteuer**. Wir werden alles daransetzen, hier um im Rahmen der OECD und der G20 eine Einigung zu erzielen. Aber eines ist auch klar: Sollte es keine Einigung geben auf ein gerechtes Steuersystem mit langfristigen nachhaltigen Einnahmen, dann wird Europa Anfang nächsten Jahres einen eigenen Vorschlag auf den Tisch legen.

Ich will ein Europa, das weltweit für Fairness eintritt.

EINE NEUE VITALITÄT FÜR EUROPA

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wenn Europa diese aktive Rolle weltweit spielen soll, muss es auch intern zu neuer Vitalität finden.

Um voranzukommen, müssen wir nun die Differenzen überwinden, die uns bisher daran gehindert haben.

Unsere historische Einigung auf NextGenerationEU zeigt, dass es möglich ist. Die Schnelligkeit, mit der wir Entscheidungen über Steuervorschriften, staatliche Beihilfen oder SURE getroffen haben – all dies zeigt, dass es machbar ist.

Packen wir es also an!

Migration ist ein Thema, das wir zur Genüge diskutiert haben.

Migration war schon immer ein Faktum für Europa – und wird es auch immer sein. Jahrhundertlang hat Migration unsere Gesellschaften geprägt, unsere Kulturen bereichert und Europa zu dem gemacht, was es heute ist. Daran wird sich nichts ändern.

Wie wir alle wissen, hat die Migrationskrise von 2015 zu schweren Verwerfungen zwischen den Mitgliedstaaten geführt – manche Wunden sind bis heute nicht verheilt.

Seither ist viel geschehen. Wir können aber noch viel mehr tun.

Wenn wir **alle zu Kompromissen bereit sind – ohne unsere Prinzipien aufzugeben – können wir eine Lösung finden.**

Nächste Woche wird die Kommission ihren neuen Migrationspakt vorstellen.

Darin verfolgen wir einen **menschlichen und menschenwürdigen Ansatz**. Die Rettung von Menschen in Seenot ist keine Option, sondern Pflicht. Und diejenigen Länder, die ihre gesetzliche und moralische Pflicht tun oder der Migration stärker ausgesetzt sind als andere, müssen sich auf die Solidarität unserer gesamten Europäischen Union verlassen können.

Wir werden dafür sorgen, dass Asyl- und Rückführungsverfahren enger miteinander verknüpft werden. Wir müssen klar unterscheiden zwischen Menschen, die ein Recht haben, zu bleiben— und Menschen, bei denen es nicht so ist.

Wir werden Maßnahmen zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität, zur Stärkung der Außengrenzen, zu engeren Partnerschaften mit Drittländern und zur Schaffung legaler Zugangswege ergreifen.

Und wir werden dafür sorgen, dass die Menschen, die hierbleiben dürfen, auch integriert werden und sich willkommen fühlen.

Wir müssen ihnen eine Zukunft bieten — sie bringen Fähigkeiten, Energie und Talent mit.

Ich denke beispielsweise an Suadd, die als Jugendliche mit ihrer Mutter aus Syrien nach Europa floh und davon träumte, eines Tages Ärztin zu werden. Nach nur drei Jahren in Irland erhielt sie ein begehrtes Stipendium für das Royal College of Surgeons.

Ich denke an die Ärztinnen und Ärzte die einst als Flüchtlinge aus Libyen und Somalia gekommen waren, und dann halfen, als die Pandemie Frankreich traf.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn wir versuchen uns vorzustellen, was sie hinter sich haben, und was sie dennoch erreicht haben, dann müssen wir es **einfach schaffen, gemeinsam mit der Frage der Migration umzugehen.**

Die Bilder aus dem Lager in Moria führen uns schmerzhaft vor Augen, dass Europa hier gemeinsam handeln muss.

Jeder muss mehr tun und Verantwortung übernehmen – und genau das wird auch die Kommission tun. Wir arbeiten an einem Plan für ein gemeinsames Pilotprojekt mit der griechischen Regierung für ein neues Lager auf Lesbos. Wir können bei Asyl- und Rückführungsverfahren helfen und die Bedingungen für die Flüchtlinge deutlich verbessern.

Aber ich möchte mich da unmissverständlich ausdrücken: Wenn wir mehr tun, erwarte ich, dass alle Mitgliedstaaten mitziehen.

Migration ist eine Herausforderung für ganz Europa — deshalb muss auch ganz Europa seinen Teil leisten.

Wir müssen wieder Vertrauen zueinander finden und gemeinsam vorankommen.

Und dieses Vertrauen ist das A und O unserer Union und unserer Art und Weise, gemeinsam zu handeln.

Dieses Vertrauen ist in unseren Grundwerten, unseren Demokratien und in unserer Rechtsgemeinschaft verankert – wie Walter Hallstein zu sagen pflegte.

Das ist nichts Abstraktes. Der Rechtsstaat schützt die Menschen vor dem Recht des Stärkeren. Er ist jeden Tag Garant für unsere fundamentalen Rechte und Freiheiten. Er garantiert Meinungsfreiheit und Pressefreiheit.

Bis Ende des Monats nimmt die Kommission den ersten Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit an. Er umfasst alle Mitgliedstaaten.

Dieser Bericht beugt vor, er dient der Früherkennung von Herausforderungen und der Suche nach Lösungen.

Ich möchte, dass dies für die Kommission, das Parlament und die Mitgliedstaaten ein erster Schritt wird, um sicherzustellen, dass es keinen Rückbau des Rechtsstaates gibt.

Die Kommission misst der Rechtsstaatlichkeit größte Bedeutung bei. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das **Geld aus unserem Haushalt und aus NextGenerationEU vor jeder Art von Betrug, Korruption und Interessenkonflikten geschützt wird.** Dies ist nicht verhandelbar.

Aber die vergangenen Monate haben uns aber auch deutlich gemacht, wie zerbrechlich der Rechtsstaat sein kann. Wir stehen in der Pflicht, ihn zu wahren und zu fördern.

Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit können wir nicht hinnehmen. Ich werde mich weiterhin für sie einsetzen und für die Integrität unserer europäischen Institutionen starkmachen. Egal ob es um den Vorrang des Unionsrechts, die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz oder den Verkauf „Goldener Pässe“ geht: Unsere europäischen Werte stehen nicht zum Verkauf!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

diese Werte sind heute wichtiger denn je. Ich sage das deshalb, weil mir beim Nachdenken über die Lage unserer Union die Worte von John Hume in den Sinn kamen, die Worte eines großen Europäers, der vor kurzem leider von uns gegangen ist.

Wenn auf der irischen Insel heute so viele Menschen in Frieden leben können, so ist dies zum Großteil seinem unerschütterlichen Glauben an die Menschlichkeit und an die Lösung von Konflikten zu verdanken.

Sein Credo war, dass es bei allen auf der Welt bestehenden Konflikten um Unterschiede gehe — und dass es Voraussetzung für Frieden sei, diese Unterschiede zu *respektieren*.

Der Friedensnobelpreisträger John Hume hat diesem Hohen Haus 1998 zu Recht folgendes ins Stammbuch geschrieben: „Die Visionäre in Europa sind zu der Einsicht gelangt, dass Unterschiede keine Bedrohung, sondern ganz natürlich sind. **Unterschiede sind im Wesen der Menschheit begründet.**“

Diese Worte sind heute wichtiger und richtiger denn je.

Betrachten wir nämlich unsere Welt, fragen wir uns, *wo dieses Wesen der Menschheit ist*, wenn in Wisconsin drei Kinder aus dem Auto mit ansehen müssen, wie ihr Vater von der Polizei erschossen wird.

Wir fragen uns, *wo dieses Wesen der Menschheit ist*, wenn unter dem Deckmantel des Karnevals offener Antisemitismus zur Schau getragen wird.

Wo ist das Wesen der Menschheit, wenn Roma tagtäglich aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, und andere aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Glaubens benachteiligt werden?

Ich bin stolz darauf, in Europa zu leben, in dieser offenen Gesellschaft der Werte und der Vielfalt.

Aber sogar hier in unserer Union sind solche Geschichten für so viele Menschen Alltag.

Und genau das führt uns vor Augen, dass der **Fortschritt im Kampf gegen Rassismus und Hass ein zartes Pflänzchen ist – mühsam gezogen, aber auch schnell wieder dahin.**

Der Zeitpunkt für Veränderungen ist gekommen.

Für eine Union ohne jeden Rassismus – Verurteilen ist wichtig Handeln noch wichtiger!

Und die Kommission legt einen Aktionsplan vor, mit dem wir dieses Ziel erreichen wollen.

Wir wollen die Liste der EU-Straftatbestände auf alle Formen von Hassverbrechen und Hassreden ausweiten – sei es in Bezug auf Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität.

Hass bleibt Hass – und damit dürfen wir uns nicht abfinden!

Wir werden unsere Gesetze zur ethnischen Gleichbehandlung nachbessern, wenn wir Lücken entdecken.

Wir werden unseren Haushalt einsetzen, gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Gesundheitsversorgung vorzugehen.

Wir werden EU-Recht konsequenter durchsetzen, wenn die Umsetzung verzögert wird.

Denn in dieser Union wird die Bekämpfung von Rassismus niemals nur eine Option sein. Sondern eine Pflicht.

Wir werden für **mehr Wissen und Aufklärung** über die historischen und kulturellen Ursachen von Rassismus sorgen.

Wir werden gegen **unbewusste Vorurteile** angehen, bei Menschen, Behörden, ja sogar Algorithmen.

Und wir werden **in der Kommission erstmalig eine Koordinatorin oder einen Koordinator für die Bekämpfung von Rassismus ernennen**, um dieses Thema auch weiterhin ganz oben auf unserer Tagesordnung zu haben. So können wir ganz unmittelbar mit Menschen, Bürgerplattformen und Institutionen zusammenarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich kenne kein Pardon, wenn es darum geht, eine Union der Gleichberechtigung zu schaffen.

Eine Union, in der jeder und jede sich selbst treu bleiben und lieben kann, wen er oder sie will – ohne Angst vor Verleumdung oder Diskriminierung.

Man selbst zu sein, ist nämlich keine Frage der Ideologie.

Es ist eine Frage der Identität.

Und die kann einem niemand nehmen.

Deshalb sage ich hier an dieser Stelle klipp und klar: **So genannte LGBTQI-freie Zonen sind Zonen, in denen der Respekt vor Mitmenschen abhandengekommen ist. Dafür gibt es in unserer Union keinen Platz.**

Und um sicherzustellen, dass wir die gesamte Gemeinschaft unterstützen, wird die Kommission in Kürze eine Strategie zum Ausbau der LGBTQI-Rechte vorlegen.

In diesem Zusammenhang werde ich mich auch für die gegenseitige Anerkennung familiärer Beziehungen in der EU einsetzen. **Wenn Sie in einem Land Vater oder Mutter sind, sind Sie in**

jedem Land Vater oder Mutter.

FAZIT

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
so sieht die Welt aus, in der wir leben wollen.

In Vielfalt geeint, trotz aller Widrigkeiten.

Eine Welt, in der wir zusammenarbeiten, um unsere Unstimmigkeiten zu überwinden — und in der wir einander in schwierigen Zeiten unter die Arme greifen.

Eine stärkere, respektvollere und intaktere Welt von morgen, die wir heute für unsere Kinder entwerfen.

Doch während wir noch versuchen, unseren Kindern beizubringen, worauf es im Leben ankommt, lehren sie es uns.

In diesem Jahr wurde das überdeutlich.

Wir sprechen mittlerweile von Millionen junger Menschen, die für eine intaktere Umwelt auf die Straße gehen.

Von Hunderttausenden wunderschöner Regenbogen-Bilder, die unsere Kinder in ganz Europa aus Solidarität in die Fenster geklebt haben.

Ein Bild jedoch ist mir in den letzten sechs Monaten nicht mehr aus dem Kopf gegangen: Ein Bild, das die Welt aus der Sicht unserer Kinder zeigt.

Das Bild von Carola und Vittoria. Die beiden italienischen Teenager aus Ligurien schlagen Tennisbälle von Dach zu Dach.

Aus diesen Bildern sprechen nicht nur Talent und Mut.

Dahinter steckt vielmehr eine Überzeugung. Die Überzeugung, sich niemals von seinem Weg abbringen zu lassen, auch nicht von Konventionen — und immer zu versuchen, das Beste aus allem zu machen.

Das lehren uns Carola, Vittoria und die vielen anderen jungen Menschen in Europa tagtäglich. Sie sind die nächste Generation. NextGenerationEU.

In diesem Jahr hat Europa sich ein Beispiel an ihnen genommen und ist über seinen Schatten gesprungen.

Als es darum ging, einen Weg für unsere Zukunft zu finden, haben wir uns nicht von alten Konventionen bremsen lassen.

Als wir gespürt haben, wie zerbrechlich alles um uns herum ist, haben wir die Gunst der Stunde genutzt, um unserer Union neue Vitalität zu verleihen.

Als sich wie in der Vergangenheit die Möglichkeit zu Alleingängen auftat, haben wir stattdessen auf die gemeinsame Kraft der 27 gesetzt, um allen 27 eine Chance auf eine gute Zukunft zu geben.

Wir haben in dieser Situation gezeigt, dass wir zusammenstehen — und dass wir gemeinsam stärker aus dieser Krise herausgehen wollen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Es liegt an uns, was wir aus unserer Zukunft machen. Es liegt an uns, welches Europa wir wollen.

Reden wir Europa nicht schlecht. Arbeiten wir lieber daran. Machen wir Europa stark. Für eine Welt, in der wir leben wollen.

Es lebe Europa!

SPEECH/20/1655

Related media

 [2020 State of the Union address by Ursula von der Leyen, President of the European Commission, to the European Parliament](#)

 [State of the Union Address 2020 by Ursula von der Leyen, President of the European Commission \(enriched version\)](#)